

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/81

Bonn, den 29. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Volksversicherung

90

Das Ziel von morgen - Schritt in soziales Neuland

3

"Großer Hessenplan"

47

Orientierungsgrundlage für zehn Jahre

4

"In Sachen Carl Erik Soya"

43

Ein Dokument unserer Zeit

5 - 6

Neuer Mann vor neuen Aufgaben

68

Nach dem Wechsel im jugoslawischen Außenministerium
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

+ + +

Volkversicherung

Das Ziel von morgen - Schritt in soziales Neuland

sp - An dem Gedanken der Volkversicherung kommt heute niemand vorbei. Er wirkt wie ein in stilles Gewässer geworfener Stein, der viele Wellen schlägt. Sogar die Unionsparteien und die Freien Demokraten können sich diesem großen Schritt in soziales Neuland nicht ganz entziehen; zumindest verbal bejahen sie den Gedanken der Volkversicherung, ohne ihm freilich wirkliche Substanz hinzuzufügen. Hier herrschen bei beiden Parteien verschwommene Vorstellungen. Wiederum wurden hier auf diesem so wichtigen Gebiet, das unter die Haut der Menschen geht, die Sozialdemokraten zum Schrittmacher, ihrer Tradition als Pioniere des sozialen Fortschritts getreu. Ohne die Sozialdemokratie wäre die moderne Sozialpolitik nicht denkbar. Sie gab ihr entscheidende Impulse und Ziele. Die Einführung des 8-Stunden-Tages und die Abschaffung der bis 1918 geltenden unwürdigen Gosindeordnung in Preußen bleibt für alle Zeiten an den Namen des ersten Präsidenten der Weimarer Republik, Friedrich Ebert, geknüpft.

Der von Willy Brandt der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegebene und von Sozialexperten der SPD und Mitglied der Regierungsmannschaft, Professor Schellenberg, verkündete Plan einer allgemeinen Volkversicherung ist die Antwort der Sozialdemokraten auf die unüberhörbare Forderung der modernen Gesellschaft nach sozialer Sicherheit. Sie orientiert sich an den Erfordernissen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Soziale Sicherung und individuelle Vorsorge schließen sich in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung nicht aus; sie bilden zwei Seiten einer Medaille. Die zweite industrielle Revolution und deren Auswirkungen verschleifen in hohem Maße die Arbeitskraft des Menschen, gefährden seine Gesundheit. Die Millionenverluste in zwei Weltkriegen verschieben die Bevölkerungspyramide zugunsten der älteren Generation. Die Zahl der über 60- und 65-jährigen ist im Steigen. Den Menschen die Furcht vor dem Alter, vor Krankheit und vor dem Herabsinken des Lebensstandards zu nehmen, bleibt die Aufgabe moderner Sozialpolitik. Sie schließt den Gedanken der Volkversicherung ein. Eine Sozialpolitik, die im Stillstand verharret oder sich nur mit Korrekturen an der Oberfläche begnügt, wie es in den letzten anderthalb Jahrzehnten geschah, erfüllt nicht den Auftrag des Grundgesetzes.

Die Sozialdemokraten haben den Mut, Neuland zu beschreiten, ihr Plan, der schon Ende des nächsten Jahres Wirklichkeit werden kann, sofern es die Wähler nur wollen, bringt grundlegende Neuerungen. Die Grundstruktur der Volkversicherung hält sich an historischen Entwicklungen, mit der Einbeziehung von Selbst-

ständigen jedoch kommt ein neues Element hinzu. Dem Selbständigen verbleibt die freie Wahl zum Beitritt zur Volksversicherung, ebenso kann er die Höhe des Beitrages bestimmen, den er leisten will. Die vorgesehenen Anreize dürften seinen Entschluß zum Beitritt allerdings erleichtern. Er erhält unter den gleichen Voraussetzungen grundsätzlich die Leistung der Volksversicherung, wie der Arbeiter und Angestellte.

Die steigenden Anforderungen in unserer Industriegesellschaft zwingen viele Menschen zum Berufswechsel, was oft weniger Einkommen bedeutet. Dies wirkt sich wiederum bei der Berechnung der Renten aus. Der Plan sieht vor, durch rechtzeitige Berufsumschulung die bestehenden Härten zu beseitigen. Die Automation darf nicht mit sozialem Abstieg erkaufte werden. Der älter gewordene, noch im Arbeitsprozeß stehende Mitbürger kann nach dem Plan selbst entscheiden, ob er schon vom 62. Lebensjahr das Altersruhegeld beziehen will. Er kann aber auch über das 65. Lebensjahr hinaus im Arbeitsprozeß stehen, soweit er sich dazu noch rüstig fühlt. Die Wahlfreiheit der Altersrente entspricht sozialen, gesundheitlichen und persönlichen Bedürfnissen.

Jährlich schlagen sich an die hunderttausend verärgerte Rentner bei den Sozialgerichten um die Durchsetzung ihrer Rentenansprüche herum. Die bestehende Rentengesetzgebung ist ein Buch mit sieben Siegeln geworden. Selbst Fachleute finden sich im verwirrenden Paragrahengestrüpp nicht zurecht. In Zukunft soll jeder wissen, wieviel er an Beiträgen eingezahlt, und was er beim Ausscheiden zu erwarten hat. Das gibt ihm mehr Sicherheit und Selbstvertrauen. Der Rentenschwengel ist kein Naturgesetz. Die Überschaubarkeit der zukünftigen Rentengestaltung durch die Volksversicherung wird Ungewißheit und Unruhe beseitigen und dem Versicherten das Gefühl nehmen, daß ihm durch die Beiträge nur genommen, aber nicht gegeben wird. Einfachheit und Gerechtigkeit gingen hier eine glückliche Verbindung ein. Hierzu kommt die Vererbbarkeit erworbener Ansprüche im Todesfall; eine Neuerung, die breite Zustimmung finden dürfte. Die Gewährung von Darlehen an junge Ehepaare zu günstigen Bedingungen und Darlehen bei Geburt eines Kindes bilden ein Kernstück des Planes. Es soll den jungen Ehepaaren in den ersten Jahren die bedrückendsten Sorgen abnehmen.

Die von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Volksversicherung steht nun auf der Tagesordnung einer in die Zukunft weisenden Sozialpolitik. Sie kann nicht mehr vom Tisch hinweggefegt werden. Sie zwingt ihre offenen und geheimen Gegner zur Stellungnahme. Finanziell ruht die Volksversicherung auf festem, unangreifbarem Boden. Schon Ende des nächsten Jahres wird eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung das Gesetz über die Volksversicherung verabschiedungsreif dem neugewählten deutschen Bundesstag vorlegen. Sozialdemokratische Regierungen stehen zu ihrem Wort.

"Grosser Hessenplan"

Orientierungsgrundlage für zehn Jahre

sp. - Hessen hat als erstes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland - wie sollte es anders sein? - durch Ministerpräsident Dr. Georg August Z i n n einen für zehn Jahre gültigen Plan zur Entwicklung der Wirtschaft vorgelegt und damit demonstriert, wie eine sozialdemokratische Regierung vorausschauend den Anforderungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerecht wird. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen die von Ministerpräsident Zinn als "Grosser Hessenplan" bezeichnete Arbeit zu analysieren. Hier wird ein Prinzip in die Praxis umgesetzt, dessen Bedeutung für ganz Deutschland auch denjenigen ersichtlich sein dürfte, die Politik immer nur von der Hand in den Mund machen wollen, ohne die mit den Mitteln der modernen Wissenschaften errechenbaren Notwendigkeiten zu berücksichtigen.

Entscheidend bei dem "Grossen Hessenplan" ist, dass die Landesregierung die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren in den Griff zu bekommen gedenkt, hierbei aber keineswegs irgendwelche dirigistischen Massnahmen propagiert. Staat und Gemeinden sagen der Öffentlichkeit und damit auch der privaten Wirtschaft, welche Vorstellungen sie von der Lösung der wichtigsten Probleme der Gemeinschaft haben und geben damit gleichzeitig der Industrie aller Bereiche die Möglichkeit, ihre eigenen Investitionen auf die Erfordernisse der Allgemeinheit abzustimmen.

Dass bei den Überlegungen der hessischen Landesregierung die Probleme der Verkehrswirtschaft, des Wohnungsmarktes, des Gesundheitswesens und des Ausgleichs des kulturellen Gefälles zwischen Stadt und Land im Vordergrund stehen, ist eine Selbstverständlichkeit. Das Programm sieht für die nächsten zehn Jahre Gesamtinvestitionen von 33 Milliarden DM vor. Hierbei wird von der Überlegung ausgegangen, dass die Bevölkerung Hessens von zur Zeit rund 5 Millionen Einwohnern um etwa 10 Prozent ansteigen dürfte. Diese Zahlen ergaben sich aus wissenschaftlichen Berechnungen; ebenso wie die Zahlen, die dem anwachsenden Steueraufkommen zugrunde liegen.

Es ist kein Zufall, dass Hessen als erstes Bundesland der Bundesrepublik eine so weitvorausschauende Politik in allen Bereichen des Lebens proklamiert hat. Die bisherigen Erfolge des Landes Hessens wären nicht denkbar gewesen, wenn die Regierung Zinn nicht auch schon in früheren Jahren Ansätze zu derartigen Planungen in der praktischen Politik verwirklicht hätte. Allerdings waren die Zeiträume kürzer. Diesmal greift die Landesregierung über mehrere Legislaturperioden hinaus und stabilisiert dadurch gleichzeitig die Voraussetzungen für die wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Legislative, Exekutive und allen Bereichen des öffentlichen Lebens sowie der freien Wirtschaft.

Am Beispiel Hessen zeigt sich, wozu Sozialdemokraten fähig sind. Wir sind gewiss, dass die Bevölkerung des Bundeslandes Hessen ihrer Regierung auf diesem Wege weiterhin folgen wird, weil schon die bisherigen Ergebnisse der sozialdemokratischen Politik das Land Hessen in aller Welt zu einem Musterbeispiel freiheitlicher, moderner Demokratie werden liessen.

"In Sachen Carl Erik Soya"

Ein Dokument unserer Zeit

* Der Verlag der Europäischen Büchercl H.M. Hieronimi, Bonn *
* hat die deutsche Öffentlichkeit auf einen Vorgang aufmerk- *
* sam gemacht, der sicher noch zu manchen Erörterungen Anlass *
* geben dürfte. Um die Verlautbarung des Verlages in ihrem *
* Wert nicht zu schmälern, verzichten wir auf jeglichen Kom- *
* mentar. Die Redaktion *

* * *

"Herr Ministerialdirigent Dr. W a l t n e r vom Bayerischen Staatsministerium des Innern hat (i.A.) den Antrag gestellt, ein Werk des dänischen Autors Carl Erik Soya in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufzunehmen.

Hierzu gebe ich die folgenden Tatsachen bekannt:

1. Carl Erik Soya wurde im vergangenen Jahr vom dänischen P.E.N.-Zentrum einstimmig zum Nobelpreis vorgeschlagen.
2. Carl Erik Soya erhält vom dänischen Staat als besonders verdienter und anerkannter Autor einen Ehrensold.
3. Carl Erik Soya ist erstes und einziges dänisches Ehrenmitglied des P.E.N.-Clubs.
4. Carl Erik Soya errang vor einigen Jahren den Ersten Preis im internationalen Novellenwettbewerb des P.E.N.-Clubs.
5. Carl Erik Soya, dessen Dramen im königlichen Theater in Kopenhagen aufgeführt wurden, wurde vom dänischen König persönlich geehrt.
6. Das nach Auffassung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zu indizierende Buch wird gegenwärtig verfilmt, wozu der dänische Staat im Hinblick auf seinen besonderen Wert 25 Prozent der Herstellungskosten beisteuert.
7. Dieses Buch erreichte in Skandinavien, in den USA und in der Bundesrepublik eine Auflage von ca. 200 000 Exemplaren, eine ungekürzte dänische Taschenbuchausgabe inbegriffen.
8. Über den bayerischen Indizierungsantrag berichtete die skandinavische Presse in z.T. grosser Aufmachung, ebenso der dänische Rundfunk.
9. Das dänische P.E.N.-Zentrum protestierte mit Schreiben vom 20. März 1965 beim bayerischen Staatsministerium des Innern gegen den Antrag. Sein Protest blieb - bisher - unbeantwortet.
10. Das dänische P.E.N.-Zentrum hat sich am 1. April 1965 an den deutschen P.E.N.-Club mit der Bitte um Beistand gewandt.
11. Carl Erik Soya - jetzt 70 Jahre alt - hat auf den bayerischen Versuch, eines seiner wichtigsten Werke zu diffamieren, mit Bitterkeit reagiert. Das ist verständlich, da Carl Erik Soya von der deutschen Besatzungsmacht ins Gefängnis und später ins KZ (Hörserod-Lager) geworfen wurde. Kurz vor seiner Ermordung gelang ihm die Flucht nach Schweden. Er hat es abgelehnt, sich gegen den "Nordversuch" an seinem Buch persönlich zu verteidigen. Ich - als einer seiner deutschen Verleger - schliesse mich ihm an.

H.M. Hieronimi"

+ + +

- 5 -

Neuer Mann vor neuen Aufgaben

Zum Wechsel im jugoslawischen Aussenministerium

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Die Gespräche mit dem britischen Aussenminister Stewart waren die nun endgültig letzte Amtshandlung des zwölf Jahre lang die jugoslawische Aussenpolitik leitenden jugoslawischen Aussenministers Koca Popovic. Schon seit Jahren hatte man gemunkelt, der lange Jahre vorher mit Militärfragen beschäftigte Aussenminister sei der Aussenpolitik müde und möchte sein Amt aufgeben. Was lange nur Gerücht gewesen ist, rückte mit der neuen Verfassung in greifbare Nähe: dürfen doch die meisten Staatsposten in Jugoslawien nur während zweier Legislaturperioden bekleidet werden. Der Abgang Koca Popovic's, der kurz vorher in die Nationalversammlung gewählt worden war, war damit besiegelt und der Weg frei geworden für einen neuen Mann, der während des Partisanenkrieges infolge seiner relativen Jugend nicht zur allerersten politischen Garnitur gehört hat: Marko Mikezic.

Von diesem Ministerwechsel grosse Akzentverschiebungen in der jugoslawischen Aussenpolitik zu erwarten, verbietet sich aus vielerlei Gründen. Erstens hat das Aussenministerium seine Politik mit den Entscheidungen der höchsten Parteinstanzen zu koordinieren. Dieser für alle kommunistischen Länder geltende Grundsatz wird im spezifischen Falle Jugoslawiens noch durch den starken Einfluss Staatspräsident Titos auf die Aussenpolitik ergänzt. Wichtiger ist jedoch die zweite Tatsache, dass die Belgrader Variante der Politik der Blockfreiheit bereits in den letzten Amtsjahren Popovic's entscheidende Akzentverschiebungen erfahren hat, die für die absehbare Zukunft auch weiterhin richtungweisend bleiben dürften.

In Belgrader Sicht

Nicht zuletzt hat die Algerienreise des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito den Wandel der jugoslawischen Auffassungen von der Blockfreiheit noch einmal stark unterstrichen. Die Zeit, da die beiden Blöcke in Ost und West gleichermassen für die in der Welt bestehenden Spannungen verantwortlich gemacht worden ist, gehört seit der von Chruschtschow bewerkstelligten zweiten Wiederversöhnung mit Jugoslawien längst der Vergangenheit an. Die für Belgrad gegenwärtig gültige Konfrontation ist: imperialistische und friedliebende Kräfte. Diese Klassifizierung erlaubt

29. April 1965

zweierlei. Erstens braucht man nicht stets westliche Regierungen als "imperialistisch" zu bezeichnen, sondern kann auf die propagandistisch wirksamen, politisch aber nicht weiter präzisierten "imperialistischen Kreise" ausweichen, was konkrete zwischenstaatliche Vorstimmungen mindert. Zweitens werden die Unterschiede zwischen den kommunistischen Staaten, die ja a priori als friedfertig hingestellt werden, und den Entwicklungsländern damit aufzuheben und auf dieser Grundlage eine politische Aktionseinheit gegen den Westen herzustellen versucht.

Mit Blick auf Peking

Dieses stärker prosovjetsche Konzept wäre sicherlich um einiges wirksamer gewesen, hätte sich China nicht mit einer eigenen politischen Strategie in die Auseinandersetzung um den Einfluss innerhalb der farbigen Staatenwelt eingeschaltet und Moskaus sowie Belgrads Politik der friedlichen Koexistenz als Kapitulantentum und Verzicht auf die Weltrevolution sowie einen radikalen nationalen Befreiungskampf umgedeutet. Während Peking also Belgrad und teilweise auch Moskau einer proimperialistischen Politik beschuldigt, sucht Belgrad diesen Beschuldigungen dadurch zu begegnen, dass es einerseits seine antiimperialistischen Bekenntnisse verstärkt (wie dies Tito unüberhörbar im Vorlauf seiner Algerienreise getan hat) und andererseits China aus der Front der "friedliebenden Kräfte" durch die Beschuldigung auszuschliessen versucht, es betreibe eine offene Kriegspolitik.

Was wird wirksamer sein?

Welche dieser beiden zweifellos beidseitig vereinfachenden Konzeptionen auf die Dauer wirksamer sein wird, ist schwer vorauszusehen. In Belgrad ist man sich jedoch bewusst, dass die Auseinandersetzung neuen Höhepunkten entgegentreibt. Verstärken sich doch wieder die Stimmen aus Djakarta, wonach der indonesische Staatspräsident Sukarno doch an die Schaffung einer Gegenorganisation zu den Vereinten Nationen denkt, was, sollte er Erfolg haben, gleichbedeutend mit dem Ende der Politik der Blockfreiheit wäre. Und so geht man in der Beurteilung nicht fehl, dass der neue Mann am Steuer der jugoslawischen Aussenpolitik kein allzu leichtes Amt übernommen hat und es ihn einige Mühe kosten wird, Belgrads nicht mehr so gesicherte Führungsposition innerhalb der blockfreien Welt zu behaupten oder gar auszubauen.